

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2020/202048]

23 APRIL 2020. — Erlass der Regierung Nr. 3 zur Verlängerung der in Artikel 5 § 1 des Krisendekrets 2020 vom 6. April 2020 erwähnten Möglichkeit, auf das Einholen von gesetzlich oder dekretal verpflichteten Gutachten oder Stellungnahmen zu verzichten

Bericht an die Regierung

Im Kontext der Coronavirus (COVID-19) Gesundheitskrise hat das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft am 6. April 2020 das Krisendekret 2020 verabschiedet. Dieses sieht mehrere Maßnahmen vor, um die Handlungsfähigkeit der Behörden auf Kommunal- und Gemeinschaftsebene zu sichern.

Dabei muss die kurzfristige Handlungsfähigkeit der Regierung gesichert werden, damit sie schnell und unbürokratisch auf die weitere Entwicklung der Gesundheitskrise eine angemessene Antwort finden kann. Falls hierfür Rechtstexte im Vorfeld abzuändern sind, so muss dies unter den gegebenen Umständen gegebenenfalls auch ohne vorherige Begutachtungsverfahren erfolgen können. Daher wird in Artikel 5 § 1 des Krisendekrets 2020 vom 6. April 2020 der Regierung ermöglicht, mittels einer besonderen Begründung im Hinblick auf die Notwendigkeit und die Dringlichkeit bei der Ausarbeitung von Dekretentwürfen oder Erlassen auf das Einholen von gesetzlich oder dekretal verpflichteten Gutachten oder Stellungnahmen von beratenden Gremien, von Verwaltungsräten bzw. anderen Gremien der Einrichtungen öffentlichen Interesses oder von den Kommunalen Beratungsausschüssen für Kinderbetreuung zu verzichten.

Diese Maßnahme ist auf 30 Tage begrenzt. Sie greift gemäß Artikel 11 desselben Dekrets seit dem 26. März 2020 und läuft somit am 24. April 2020 aus.

Die Regierung kann gemäß Artikel 5 § 2 desselben Dekrets diese Dauer zweimal mittels eines besonders im Hinblick auf die Notwendigkeit begründeten Erlasses um dieselbe Frist verlängern. Gleichzeitig wird vorgesehen, dass der Beschluss der Regierung dem Präsidenten des Parlaments unmittelbar nach seiner Verabschiedung übermittelt wird. Der Erlass wird wirkungslos, wenn das Parlament ihn binnen einer Frist von sechs Monaten nicht bestätigt.

Da die zwingend notwendigen und dringenden Gründe, die der Verabschiedung des Krisendekrets 2020 in dieser Hinsicht zugrunde lagen, immer noch Bestand haben, wird vorgeschlagen, die erwähnte Maßnahme um weitere 30 Tage zu verlängern.

Auch wenn aus Gründen der Dringlichkeit auf ein Gutachten des Staatsrats verzichtet werden soll, wird der vorliegende Bericht an die Regierung aufgrund einer Empfehlung erstellt, die der Staatsrat gegenüber der Regierung der Region Brüssel-Hauptstadt äußerte:

“Conformément à l'article 3bis, § 1^{er}, des lois coordonnées sur le Conseil d'État, les arrêtés royaux « qui peuvent abroger, compléter, modifier ou remplacer les dispositions légales en vigueur » sont publiés avec l'avis du Conseil d'État, section de législation, et un rapport au Roi.

Cette disposition n'est pas applicable aux arrêtés du Gouvernement de la Région de Bruxelles-Capitale. Il est pourtant utile que l'arrêté envisagé soit accompagné d'un rapport au gouvernement, précisant la portée et les effets concrets de la réglementation qui y est contenue. Une telle précision bénéficiera tant au citoyen qu'aux services du pouvoir exécutif, ainsi qu'au Parlement de la Région de Bruxelles-Capitale lorsque, conformément à l'article 4, § 2, de l'ordonnance du 19 mars 2020, il devra procéder à sa confirmation.

Plus particulièrement, pareil rapport permettra de répondre aux observations formulées ci-après. De même, certains considérants qui figurent actuellement dans le préambule du projet, pourront y être insérés.” (Gutachten Nr. 67.146/1 vom 27. März 2020)

Diese Empfehlung ist auch auf die Deutschsprachige Gemeinschaft übertragbar, sodass dem Rechnung getragen wird.

Der Ministerpräsident,

Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

23. APRIL 2020 — Erlass der Regierung Nr. 3 zur Verlängerung der in Artikel 5 § 1 des Krisendekrets 2020 vom 6. April 2020 erwähnten Möglichkeit, auf das Einholen von gesetzlich oder dekretal verpflichteten Gutachten oder Stellungnahmen zu verzichten

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Aufgrund des Krisendekrets 2020 vom 6. April 2020, Artikel 5;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 20. April 2020;

Aufgrund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, Artikel 3 § 1;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In der Erwägung, dass die Dringlichkeit dadurch begründet ist, dass die seit dem 13. März 2020 geltenden Maßnahmen zur Bekämpfung der Coronavirus (COVID-19) Gesundheitskrise, die die Föderalregierung am 13., 18. und 23. März sowie am 3. und 17. April 2020 auf Anraten des Nationalen Sicherheitsrats ergriffen hat, weiterhin und mindestens bis zum 3. Mai 2020 andauern; dass diese Maßnahmen weitreichende Auswirkungen auf das gesellschaftliche Leben haben, die nach wie vor flächendeckend spürbar sind, darunter auch in den Behörden auf Gemeinschaftsebene; dass Artikel 5 § 1 des Krisendekrets 2020 vom 6. April 2020 der Regierung ermöglicht, mittels einer besonderen Begründung im Hinblick auf die Notwendigkeit und die Dringlichkeit bei der Ausarbeitung von Dekretentwürfen oder Erlassen auf das Einholen von gesetzlich oder dekretal verpflichteten Gutachten oder Stellungnahmen von beratenden Gremien, von Verwaltungsräten bzw. anderen Gremien der Einrichtungen öffentlichen Interesses oder von den Kommunalen Beratungsausschüssen für Kinderbetreuung zu verzichten; dass diese Maßnahme seit dem 26. März 2020 für eine Dauer von 30 Tagen greift und somit am 24. April 2020 ausläuft; dass derzeit auch weiterhin die kurzfristige Handlungsfähigkeit der Regierung gesichert werden muss, damit sie schnell und unbürokratisch auf die weitere Entwicklung der Gesundheitskrise eine angemessene Antwort finden kann; dass somit die zwingend notwendigen und dringenden Gründe, die der Verabschiedung des Krisendekrets 2020 in dieser Hinsicht zugrunde lagen, immer noch Bestand haben; dass es sich demnach dringend empfiehlt, die genannte Möglichkeit ab dem 25. April 2020 um weitere 30 Tage zu verlängern; dass jegliche Verzögerung dieser Beschlussfassung erhebliche Auswirkungen auf die Rechtssicherheit bei der Ausarbeitung von Dekretentwürfen oder Erlassen haben würde, sodass die Verabschiedung des vorliegenden Erlasses keinen Aufschub mehr duldet;

In der Erwägung, dass Artikel 5 § 2 Absatz 1 des Krisendekrets 2020 vom 6. April 2020 vorsieht, dass die Regierung die Dauer der in Paragraph 1 desselben Artikels erwähnten Möglichkeit, auf Gutachten oder Stellungnahme zu verzichten, jeweils zweimal um dieselbe Frist verlängern kann; dass diese Verlängerung mittels eines besonders im Hinblick auf die Notwendigkeit begründeten Erlasses erfolgen muss;

In der Erwägung, dass die Regierung die Notwendigkeit einer ersten Verlängerung der Möglichkeit, mittels einer besonderen Begründung im Hinblick auf die Notwendigkeit und die Dringlichkeit bei der Ausarbeitung von Dekretentwürfen oder Erlassen auf das Einholen von gesetzlich oder dekretal verpflichteten Gutachten oder Stellungnahmen von beratenden Gremien, von Verwaltungsräten bzw. anderen Gremien der Einrichtungen öffentlichen Interesses oder von den Kommunalen Beratungsausschüssen für Kinderbetreuung zu verzichten, darin sieht, dass die Coronavirus (COVID-19) Gesundheitskrise nach wie vor die Behörden und Bürger in der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Griff hält und somit weiterhin die kurzfristige Handlungsfähigkeit der Regierung gesichert werden muss, damit sie schnell und unbürokratisch auf die weitere Entwicklung der Gesundheitskrise eine angemessene Antwort finden kann;

In der Erwägung, dass somit die zwingend notwendigen und dringenden Gründe, die der Verabschiedung des Krisendekrets 2020 in dieser Hinsicht zugrunde lagen, immer noch Bestand haben;

In der Erwägung, dass demnach unter diesen Umständen eine Verlängerung der erwähnten Maßnahme um weitere 30 Tage, das heißt bis zum 24. Mai 2020 einschließlich, folgerichtig ist;

Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten;

Nach Beratung,

Beschließt:

Artikel 1 - Die in Artikel 5 § 1 des Krisendekrets 2020 vom 6. April 2020 erwähnte Möglichkeit, mittels einer besonderen Begründung im Hinblick auf die Notwendigkeit und die Dringlichkeit bei der Ausarbeitung von Dekretentwürfen oder Erlassen auf das Einholen von gesetzlich oder dekretal verpflichteten Gutachten oder Stellungnahmen von beratenden Gremien, von Verwaltungsräten bzw. anderen Gremien der Einrichtungen öffentlichen Interesses oder von den Kommunalen Beratungsausschüssen für Kinderbetreuung zu verzichten, wird ab dem 25. April 2020 um weitere 30 Tage verlängert.

Art. 2 - Gemäß Artikel 5 § 2 Absatz 2 desselben Dekrets wird der vorliegende Erlass unmittelbar nach seiner Verabschiedung dem Präsidenten des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft übermittelt.

Art. 3 - Vorliegender Erlass tritt am Tag seiner Verabschiedung in Kraft.

Art. 4 - Die Minister sind, jeder für seinen Zuständigkeitsbereich, mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 23. April 2020

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen
A. ANTONIADIS

Die Ministerin für Kultur und Sport, Beschäftigung und Medien
I. WEYKMANS

Der Minister für Bildung, Forschung und Erziehung
H. MOLLERS

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2020/202048]

23 AVRIL 2020. — Arrêté du Gouvernement n ° 3 prolongeant la possibilité de renoncer à solliciter les avis imposés par la loi ou le décret, telle que visée à l'article 5, § 1^{er} du décret de crise 2020 du 6 avril 2020

Rapport au gouvernement

Dans le contexte de la crise sanitaire provoquée par le coronavirus (COVID-19), le Parlement de la Communauté germanophone a adopté, le 6 avril 2020, le décret de crise 2020. Ce dernier prévoit plusieurs mesures pour garantir la capacité d'action des autorités communales et communautaires.

À cet égard, il convient de garantir la capacité d'action à court terme du Gouvernement afin qu'il puisse trouver une réponse adéquate, rapide et non bureaucratique à l'évolution future de la crise sanitaire. Si des instruments juridiques doivent être modifiés au préalable, cela doit, vu les circonstances, être également possible, le cas échéant, sans procédure d'avis préalable. Dès lors, l'article 5, § 1^{er}, du décret de crise 2020 du 6 avril 2020 permet au Gouvernement de renoncer, par le biais d'une justification spécifique basée sur la nécessité et l'urgence, à solliciter - lors de l'élaboration de projets de décret ou d'arrêtés - les avis imposés par la loi ou le décret, ou les avis d'organes consultatifs, de conseils d'administration ou, selon le cas, d'autres organes d'intérêt public ou de commissions consultatives communales pour l'accueil d'enfants.

Cette mesure est limitée à trente jours. Conformément à l'article 11 du même décret, elle est en vigueur depuis le 26 mars 2020 et expire donc le 24 avril 2020.

Conformément à l'article 5, § 2, du même décret, le Gouvernement peut prolonger deux fois cette période pour la même durée par le biais d'un arrêté spécialement justifié au regard de la nécessité. Parallèlement, il est prévu que la décision du Gouvernement sera transmise au président du Parlement immédiatement après son adoption. L'arrêté devient sans effet si le Parlement ne le confirme pas dans un délai de six mois.

Étant donné que les raisons impératives et urgentes qui sous-tendaient à cet égard l'adoption du décret de crise de 2020 sont toujours d'actualité, il est proposé de prolonger la mesure susmentionnée de trente jours supplémentaires.

Même si, pour des raisons d'urgence, il convient de renoncer à l'avis du Conseil d'État, le présent rapport au Gouvernement est établi sur la base d'une recommandation formulée par le Conseil d'État au Gouvernement de la Région de Bruxelles-Capitale :

« Conformément à l'article 3bis, § 1^{er}, des lois coordonnées sur le Conseil d'État, les arrêtés royaux "qui peuvent abroger, compléter, modifier ou remplacer les dispositions légales en vigueur" sont publiés avec l'avis du Conseil d'État, section de législation, et un rapport au Roi.

Cette disposition n'est pas applicable aux arrêtés du Gouvernement de la Région de Bruxelles-Capitale. Il est pourtant utile que l'arrêté envisagé soit accompagné d'un rapport au gouvernement, précisant la portée et les effets concrets de la réglementation qui y est contenue. Une telle précision bénéficiera tant au citoyen qu'aux services du pouvoir exécutif, ainsi qu'au Parlement de la Région de Bruxelles-Capitale lorsque, conformément à l'article 4, § 2, de l'ordonnance du 19 mars 2020, il devra procéder à sa confirmation.

Plus particulièrement, pareil rapport permettra de répondre aux observations formulées ci-après. De même, certains considérants qui figurent actuellement dans le préambule du projet, pourront y être insérés. » (Avis n° 67.146/1 du 27 mars 2020)

Cette recommandation étant transposable à la Communauté germanophone, il en est tenu compte.

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances,
O. PAASCH

23 AVRIL 2020. — Arrêté du Gouvernement n° 3 prolongeant la possibilité de renoncer à solliciter les avis imposés par la loi ou le décret, telle que visée à l'article 5, § 1^{er}, du décret de crise 2020 du 6 avril 2020

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu le décret de crise 2020 du 6 avril 2020, l'article 5;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 20 avril 2020;

Vu les lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973, l'article 3, § 1^{er};

Vu l'urgence;

Considérant que l'urgence est motivée par le fait que les mesures de lutte contre le coronavirus (COVID-19), prises par le gouvernement fédéral les 13, 18 et 23 mars ainsi que les 3 et 17 avril 2020 sur avis du Conseil national de sécurité et en vigueur depuis le 13 mars 2020, continueront à être appliquées au moins jusqu'au 3 mai 2020; que ces mesures ont une incidence considérable sur la vie sociale, incidence qui reste largement visible, y compris au niveau des autorités communautaires; que l'article 5, § 1^{er}, du décret de crise 2020 du 6 avril 2020 permet au Gouvernement de renoncer, par le biais d'une justification spécifique basée sur la nécessité et l'urgence, à solliciter - lors de l'élaboration des projets de décret ou d'arrêtés - les avis imposés par la loi ou le décret, ou les avis d'organes consultatifs, de conseils d'administration ou, selon le cas, d'autres organes d'intérêt public ou de commissions consultatives communales pour l'accueil d'enfants; que cette mesure est en vigueur depuis le 26 mars 2020, a une durée de trente jours et expire donc le 24 avril 2020; qu'il est, à l'heure actuelle, opportun de continuer à garantir la capacité d'action à court terme du Gouvernement afin de lui permettre de trouver une réponse adéquate, rapide et non bureaucratique à l'évolution future de la crise sanitaire; que, de ce fait, les raisons impératives et urgentes qui sous-tendaient à cet égard l'adoption du décret de crise de 2020 sont toujours d'actualité; qu'il convient dès lors de prolonger la possibilité susmentionnée de trente jours supplémentaires à dater du 25 avril 2020; que tout retard dans cette prise de décision aurait un effet important sur la sécurité juridique lors de l'élaboration de projets de décret ou d'arrêtés, de sorte que l'adoption du présent décret ne souffre aucun délai;

Considérant que l'article 5, § 2, premier alinéa, du décret de crise 2020 du 6 avril 2020 prévoit que le Gouvernement peut prolonger deux fois, pour la même durée, la possibilité prévue au § 1^{er} dudit article de renoncer à solliciter des avis; que cette prorogation doit être effectuée par le biais d'un arrêté spécialement justifié au regard de la nécessité;

Considérant que le Gouvernement estime qu'il est nécessaire de prolonger une première fois la possibilité de renoncer, par le biais d'une justification spécifique basée sur la nécessité et l'urgence, à solliciter - lors de l'élaboration de projets de décret ou d'arrêtés - les avis imposés par la loi ou le décret, ou les avis d'organes consultatifs, de conseils d'administration ou, selon le cas, d'autres organes d'intérêt public ou de commissions consultatives communales pour l'accueil d'enfants, étant donné que la crise sanitaire provoquée par le coronavirus (COVID-19) continue de toucher les autorités et les citoyens en Communauté germanophone et qu'il faut dès lors maintenir la capacité d'action à court terme du Gouvernement afin de lui permettre de trouver une réponse adéquate, rapide et non bureaucratique à l'évolution future de la crise sanitaire;

Considérant que, de ce fait, les raisons impératives et urgentes qui sous-tendaient à cet égard l'adoption du décret de crise de 2020 sont toujours d'actualité;

Considérant que, dans ces conditions, il est logique de proroger la mesure susmentionnée pour une nouvelle période de trente jours, soit jusqu'au 24 mai 2020 inclus;

Sur la proposition du Ministre-Président;

Après délibération,

Arrête :

Article 1^{er}. La possibilité pour le Gouvernement de renoncer, par le biais d'une justification spécifique basée sur la nécessité et l'urgence, à solliciter - lors de l'élaboration de projets de décret ou d'arrêtés - les avis imposés par la loi ou le décret, ou les avis d'organes consultatifs, de conseils d'administration ou, selon le cas, d'autres organes d'intérêt public ou de commissions consultatives communales pour l'accueil d'enfants, visée à l'article 5, § 1^{er}, du décret de crise 2020 du 6 avril 2020, est prorogée de trente jours à dater du 25 avril 2020.

Art. 2. Conformément à l'article 5, § 2, deuxième alinéa, du même décret, le présent arrêté est transmis au président du Parlement de la Communauté germanophone immédiatement après son adoption.

Art. 3. Le présent arrêté entre en vigueur le jour de son adoption.

Art. 4. Les Ministres sont, chacun en ce qui le concerne, chargés de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 23 avril 2020.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances,
O. PAASCH

Le Vice-Ministre-Président,
Ministre de la Santé et des Affaires sociales, de l'Aménagement du territoire et du Logement,
A. ANTONIADIS

La Ministre de la Culture et du Sport,
de l'Emploi et des Médias,
I. WEYKMANS

Le Ministre de l'Éducation
et de la Recherche scientifique,
H. MOLLERS

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2020/202048]

23 APRIL 2020. — Besluit van de Regering nr. 3 tot verlenging van de mogelijkheid vermeld in artikel 5, § 1, van het crisisdecreet 2020 van 6 april 2020 om af te zien van het inwinnen van wettelijk of decretaal verplichte adviezen of standpuntbepalingen

Verslag aan de koning

Naar aanleiding van de gezondheidscrisis die door het coronavirus (COVID-19) is ontstaan, heeft het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap op 6 april 2020 het crisisdecreet 2020 aangenomen. Dat decreet voorziet in verscheidene maatregelen om ervoor te zorgen dat de overheden op het niveau van de gemeenten en de gemeenschap in staat zijn om te handelen.

Daarbij moet gewaarborgd worden dat de Regering op korte termijn kan handelen, zodat ze snel en onbureaucratisch een passend antwoord kan vinden op de verdere ontwikkeling van de gezondheidscrisis. Indien daartoe vooraf rechtsteksten moeten worden gewijzigd, moet dit onder de gegeven omstandigheden eventueel ook mogelijk zijn zonder voorafgaande adviesprocedures. Daarom biedt artikel 5, § 1, van het crisisdecreet 2020 van 6 april 2020 de Regering de mogelijkheid om op basis van een bijzondere motivering betreffende de noodzaak en de spoedeisendheid, bij de uitwerking van ontwerp van decreet of besluit af te zien van het inwinnen van wettelijk of decretaal verplichte adviezen of standpuntbepalingen van adviesorganen, raden van bestuur of andere organen van de instellingen van openbaar nut of gemeentelijke adviescommissies inzake kinderopvang.

Die maatregel is beperkt tot dertig dagen. Overeenkomstig artikel 11 van hetzelfde decreet is hij ingegaan op 26 maart 2020 en verstrijkt hij dus op 24 april 2020.

Volgens artikel 5, § 2, van hetzelfde decreet kan de Regering de duur twee keer voor dezelfde termijn verlengen bij een besluit waarbij in het bijzonder de noodzaak wordt verantwoord. Gelijktijdig wordt bepaald dat het besluit van de Regering, onmiddellijk nadat het is aangenomen, overgezonden wordt aan de voorzitter van het Parlement. Het besluit houdt op gevolg te hebben als het Parlement het niet binnen een termijn van zes maanden bekrachtigt.

Aangezien de dwingende en dringende redenen die in dat opzicht aan de aanneming van het crisisdecreet 2020 ten grondslag lagen, nog altijd gelden, wordt voorgesteld om de vermelde maatregel met dertig dagen te verlengen.

Hoewel op grond van spoedeisendheid dient te worden afgezien van een advies van de Raad van State, wordt een verslag aan de Regering opgemaakt en dit naar aanleiding van een aanbeveling van de Raad van State die gericht was aan de Brusselse Hoofdstedelijke Regering:

"Overeenkomstig artikel 3bis, § 1, van de gecoördineerde wetten op de Raad van State worden koninklijke besluiten "die de van kracht zijnde wettelijke bepalingen kunnen opheffen, aanvullen, wijzigen of vervangen" samen met het advies van de Raad van State, afdeling Wetgeving, en een verslag aan de Koning bekendgemaakt.

Deze bepaling is niet van toepassing op besluiten van de Brusselse Hoofdstedelijke Regering. Toch is het zinvol om het te nemen besluit vergezeld te laten gaan van een verslag aan de regering, waarin de draagwijdte en de concrete gevolgen van de erin vervatte regeling nader worden toegelicht. Een dergelijke verduidelijking zal zowel de burger als de diensten van de uitvoerende macht te goede komen, alsook het Brussels Hoofdstedelijk Parlement wanneer het overeenkomstig artikel 4, § 2, van de ordonnantie van 19 maart 2020 moet overgaan tot de bekrachtiging ervan.

In het bijzonder kan in een dergelijk verslag worden ingegaan op hetgeen hierna wordt opgemerkt. Ook bepaalde overwegingen die nu in de aanhef van het ontwerp voorkomen kunnen in het verslag worden opgenomen." (Advies 67.146/1 van 27 maart 2020).

Aangezien die aanbeveling ook opgaat voor de Duitstalige Gemeenschap, gaat dit besluit ook vergezeld van een verslag aan de Regering.

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën,
O. PAASCH

23 APRIL 2020. — Besluit van de Regering nr. 3 tot verlenging van de mogelijkheid vermeld in artikel 5, § 1, van het crisisdecreet 2020 van 6 april 2020 om af te zien van het inwinnen van wettelijk of decretaal verplichte adviezen of standpuntbepalingen

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op het crisisdecreet 2020 van 6 april 2020, artikel 5;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 20 april 2020;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, artikel 3, § 1;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat de dringende noodzakelijkheid wordt gewettigd door het feit dat de maatregelen die sinds 13 maart 2020 van kracht zijn en die de federale regering op 13, 18 en 23 maart 2020, alsook op 3 en 17 april 2020 op advies van de Nationale Veiligheidsraad heeft genomen om het hoofd te bieden aan de gezondheidscrisis die door het coronavirus (COVID-19) is ontstaan, nog minstens tot en met 3 mei 2020 van kracht blijven; dat die maatregelen verstrekken gevolgen hebben voor het maatschappelijk leven die nog altijd overal voelbaar zijn, onder meer ook bij de overheden op het niveau van de gemeenschap; dat artikel 5, § 1, van het crisisdecreet 2020 van 6 april 2020 de Regering de mogelijkheid biedt om op basis van een bijzondere motivering betreffende de noodzaak en de spoedeisendheid, bij de uitwerking van ontwerpen van decreet of besluit af te zien van het inwinnen van wettelijk of decretaal verplichte adviezen of standpuntbepalingen van adviesorganen, raden van bestuur of andere organen van de instellingen van openbaar nut of gemeentelijke adviescommissies inzake kinderopvang; dat die maatregel sinds 26 maart 2020 voor een duur van dertig dagen van kracht is en dus op 24 april 2020 verstrijkt; dat nog altijd gewaarborgd moet worden dat de Regering op korte termijn kan handelen, zodat ze snel en onbureaucratisch een passend antwoord kan vinden op de verdere ontwikkeling van de gezondheidscrisis; dat de dwingende en dringende redenen die in dat opzicht aan de aanneming van het crisisdecreet 2020 ten grondslag lagen, bijgevolg nog altijd gelden; dat het daarom dringend aan te bevelen is om de vermelde mogelijkheid vanaf 25 april 2020 met dertig dagen te verlengen; dat elke vertraging in die besluitvorming aanzienlijke gevolgen zou hebben voor de rechtzekerheid bij het uitwerken van ontwerpen van decreten of besluiten; dat dit besluit dus zo snel mogelijk moet worden aangenomen;

Overwegende dat artikel 5, § 2, eerste lid, van het crisisdecreet 2020 van 6 april 2020 bepaalt dat de Regering de duur van de mogelijkheid vermeld in paragraaf 1 van datzelfde artikel om af te zien van het inwinnen van adviezen of standpuntbepalingen twee keer voor dezelfde termijn kan verlengen; dat die verlenging moet geschieden bij een besluit waarbij in het bijzonder de noodzaak daartoe wordt verantwoord;

Overwegende dat de mogelijkheid om op basis van een bijzondere motivering betreffende de noodzaak en de spoedeisendheid, bij de uitwerking van ontwerpen van decreet of besluit af te zien van het inwinnen van wettelijk of decretaal verplichte adviezen of standpuntbepalingen van adviesorganen, raden van bestuur of andere organen van de instellingen van openbaar nut of gemeentelijke adviescommissies inzake kinderopvang volgens de Regering een eerste keer dient te worden verlengd op grond van het feit dat de gezondheidscrisis die door het coronavirus (COVID-19) is ontstaan, de overheden en burgers in de Duitstalige Gemeenschap nog altijd in haar greep houdt en dus nog altijd gewaarborgd moet worden dat de Regering op korte termijn kan handelen, zodat ze snel en onbureaucratisch een passend antwoord kan vinden op de verdere ontwikkeling van de gezondheidscrisis;

Overwegende dat de dwingende en dringende redenen die in dat opzicht aan de aanneming van het crisisdecreet 2020 ten grondslag lagen, bijgevolg nog altijd gelden;

Overwegende dat het in die omstandigheden een logische gevolgtrekking is om de vermelde maatregel met dertig dagen - dit is tot en met 24 mei 2020 - te verlengen;

Op de voordracht van de Minister-President;

Na beraadslaging,

Besluit :

Artikel 1. De mogelijkheid vermeld in artikel 5, § 1, van het crisisdecreet 2020 van 6 april 2020, waarbij de Regering op basis van een bijzondere motivering betreffende de noodzaak en de spoedeisendheid, bij de uitwerking van ontwerpen van decreet of besluit kan afzien van het inwinnen van wettelijk of decretaal verplichte adviezen of standpuntbepalingen van adviesorganen, raden van bestuur of andere organen van de instellingen van openbaar nut of gemeentelijke adviescommissies inzake kinderopvang, wordt met ingang van 25 april 2020 met dertig dagen verlengd.

Art. 2. Overeenkomstig artikel 5, § 2, tweede lid, van hetzelfde decreet wordt dit besluit, onmiddellijk nadat het is aangenomen, overgezonden aan de voorzitter van het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap.

Art. 3. Dit besluit treedt in werking de dag waarop het wordt aangenomen.

Art. 4. De ministers zijn, ieder wat haar of hem betreft, belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 23 april 2020.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President,

Minister van Lokale Besturen en Financiën,

O. PAASCH

De Viceminister-President,

Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,

Ruimtelijke Ordening en Huisvesting,

A. ANTONIADIS

De Minister van Cultuur en Sport, Werkgelegenheid en Media,

I. WEYKMANS

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek,

H. MOLLERS